

Kämpfe mit uns für Frauenrechte!

Du ärgerst dich auch über den täglichen Sexismus? Die neue Regierung und ihre Pläne machen dir Sorge oder gar Angst? Du hast keine Lust mehr auf leere Versprechungen? Dann werde aktiv mit „Nicht mit mir“!

Nicht mit mir – das sind Frauen (aber auch Männer), die sich für Frauenrechte stark machen. Wir haben eine Reihe von Aktionen in Solidarität mit den Bewegungen in Irland und Polen für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch organisiert. Wir haben die #metoo-Demonstration in Wien auf die Straße gebracht. Wir haben uns gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen zur Wehr gesetzt und uns an Protesten gegen die Regierung und ihre Pläne beteiligt. Nicht mit mir ist eine Kampagne der SLP (Sozialistischen Linkspartei) mit weiteren AktivistInnen, die sich für Frauenrechte stark machen. Wir treffen uns regelmäßig, um Aktionen zu planen und verschiedenste Themen zu diskutieren.

Wir machen uns stark gegen Sexismus, für gleiche Rechte und für eine Gesellschaft, in der kein Platz mehr ist für Frauenunterdrückung. Wir wehren uns gegen alle

Versuche, Frauen zu bevormunden. Wir unterstützen Proteste von Frauen, beispielsweise im Sozialbereich für eine Arbeitszeitverkürzung oder für ausreichende Kinderbetreuungsplätze.

Für uns hat die Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen ihren Ursprung nicht in der Natur des Mannes, sondern in einem kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Menschen beruht. Die Trennung verläuft daher auch zwischen unten und oben und nicht nur zwischen den Geschlechtern. Der Kampf für Frauenrechte ist daher auch immer ein Kampf für eine demokratische Gesellschaft, in der die Bedürfnisse aller Menschen (und nicht nur einer kleinen Elite) im Zentrum stehen. Sag auch du „Nicht mit Mir“ und werde mit uns aktiv!



Sende „Nicht mit mir“ an +43 677 62 77 36 96

TERMINE

JUNI

- **Linz Pride Parade (CSD) 2018**
„All together - stronger than ever!“
30.6 ab 14.30 Uhr
Linz, Martin-Luther-Platz
- **Nicht mit mir - Treffen**
zum Thema: CSD
22.6 um 17:00
Linz, Alte Welt, Hauptplatz 4
- **Workshop: „Werkzeugkasten gegen Sexismus“**
25.6 um 16:00
Wien 20, Donaulände Spittelau

JULI

- **Spezialführung für die Ausstellung**
„40 Jahre Frauenhäuser“
10.7, Treffpunkt um 17.15 Uhr
Wien 18, Volkskundemuseum, Laudongasse 15-19

Preis richtet sich nach TeilnehmerInnenzahl.
Anmeldung bitte unter: info@nichtmitmir.at

AUGUST

- **SLP-Sommerncamp in Kärnten/Koroška**
19. - 26.8, Turnersee/Zablaško Jezero

Infos auf Facebook unter
„SLP | SAV Sommerncamp 2018“

mit Arbeitskreisen von Nicht Mit Mir zu:

- **Ausverkauf des Feminismus**
- **Ni Una Menos - Bewegungen in Lateinamerika gegen Gewalt an Frauen**
- **Campaign against domestic violence in Britannien – Was kann/soll die Gewerkschaftsbewegung für Frauenrechte tun?**
- **85. Todestag von Clara Zetkin - Kämpferin für Sozialismus und Frauenrechte**

Nicht mit mir!

Schwarz-Blau = Arbeiten bis zum Umfallen!

Noch länger arbeiten? Nicht mit uns!

Mit schönen Worten wie „Flexibilität“ oder „Freiwilligkeit“ kommt die Regierung daher und meint doch eines: länger Arbeiten für weniger Geld. Dabei geht es sowohl um die Arbeit, die wir im bezahlten Job leisten als auch um unsere unbezahlte Arbeit.

Im Regierungsprogramm steht: „Arbeitszeitregelungen...praxisgerecht gestalten“. Geplant ist, was sich die Wirtschaft wünscht. Nämlich die Ausdehnung der legalen täglichen Arbeitszeit auf 12 Stunden bzw. auf wöchentlich 60 Stunden. Das bedeutet eine weitere Verschlechterung gerade auch für Frauen. Durch den Wegfall von Überstundenzuschlägen wird das Einkommen geringer. Durch längere Arbeitszeiten wird die Doppelbelastung noch erdrückender bzw. werden noch mehr Frauen in Teilzeit gedrängt. Außerdem sind längere Arbeitszeiten ge-

sundheitsschädlich, ein Sicherheitsrisiko und vernichteten Arbeitsplätze - auch das trifft Frauen besonders. Doch nicht nur bei der bezahlten Arbeit, auch bei der unbezahlten Arbeit sind Verschlechterungen geplant. In Oberösterreich – Vorreiter der schwarz-blauen Politik – wird Kinderbetreuung verteuert und Frauen damit aus dem Job gedrängt. Wenn bei der Mindestsicherung gekürzt wird trifft das besonders Frauen. Einerseits weil sie auf das Geld besonders angewiesen sind und andererseits weil sie die Löcher stopfen müssen,



Die Gleichbehandlungsanwaltschaft ist eine staatliche Einrichtung, an die sich Menschen wenden können, die aufgrund von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung in der Arbeitswelt oder anderen Lebensbereichen (z.B. Wohnungsvermietung) diskriminiert werden. Betroffene erhalten eine kostenlose Beratung und Begleitung in rechtlichen Verfahren.

Celina

indem sie billiger „Haushalten“ - d.h. längere Wege für Sonderangebote, mehr selber machen als zukaufen etc.. Die geplanten Angriffe auf die Krankenkasse und die AUVA bedeuten einen Leistungsabbau und dass heißt noch mehr Pflegearbeit die zu Hause geleistet werden muss. D.h. v.a. von Frauen. Bei Kürzungen im Bildungswesen geschieht genau das gleiche. Gleichzeitig plant

**In Oberösterreich -
Vorreiter der schwarz-blauen Politik -
wird Kinderbetreuung verteuert und
Frauen damit aus dem Job gedrängt.**

die Regierung Steuergeschenke an große Unternehmen in Milliardenhöhe. Es ist offensichtlich: gerade Frauen sollen noch mehr unbezahlte Arbeit leisten, damit die Reichen noch reicher werden.

Diese Wirtschafts- und (Un)Sozialpolitik der Regierung wird vom konservativen Ideologischen Vorstoß der Regierungsparteien begleitet: Kinder, Küche, Kirche ist das Programm von schwarz-blau.

Wir arbeiten schon jetzt zu viel! Wir sind gegen jede weitere Verlängerung dieser Arbeitszeit egal ob im Job oder im Haushalt. Wir lassen uns nicht für die Gewinne von wenigen auspressen. Daher organisieren wir uns, darum wehren wir uns!

Sonja G.



Aber: die Arbeit, die die Gleichbehandlungsanwaltschaft leistet, sollte eigentlich längst von Gewerkschaften aufgegriffen werden. Diese repräsentieren einen großen Teil der ArbeiterInnenenschaft und dementsprechend sollte vor allem dort Sexismus, Rassismus und Homophobie etc. aufgegriffen bzw. bekämpft und Strukturen geschaffen werden, die Betroffenen Hilfe und Schutz bietet.

Celina

Arbeitszeitverkürzung für alle statt Teilzeitfalle für Frauen

Die Mehrheit der Frauen lohnarbeitet weniger als 40 Stunden pro Woche und ist mit den negativen Auswirkungen von Teilzeitarbeit konfrontiert. Die Lösung liegt jedoch nicht darin, mehr Vollzeitarbeitsplätze zu schaffen. Viel eher müssen wir für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und für Personalausgleich kämpfen.

Teilzeitarbeit ist „weiblich“. In Österreich sind rund 80% der Teilzeitbeschäftigten Frauen. Diese Schieflage hängt zweifelsohne mit der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zusammen. Frauen leisten auch heute noch den Großteil der unbezahlten Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit.

Teilzeitarbeit bringt erhebliche Probleme für die Betroffenen mit sich. So sind Teilzeitbeschäftigte selten in der Lage, ein existenzsicherndes Einkommen zu beziehen. Vor allem die Situation von teilzeitbeschäftigten Alleinerzieherinnen ist oft enorm prekär. Jahrzehntlanges Arbeiten in Teilzeithältnissen garantiert außerdem Altersarmut. So ist der „Gender-Pension-Gap“ mit 45 % mehr als doppelt so groß wie der „Gender-Pay-Gap“.

Eine naheliegende Forderung, um diese Missstände zu beenden lautet: Mehr Frauen in Vollzeit! Österreich

chische Gewerkschaften, Sozialpartner und SozialdemokratInnen vertreten diese Position großteils bis heute. Dabei wird die Vollzeithnorm, also ein 40-Stunden-Job, immer weniger Realität und Wunsch der Beschäftigten. Die Antwort auf die ohnehin hohe Belastung von Frauen durch bezahlte und unbezahlte Arbeit kann nicht mehr Lohnarbeit sein. Ein erster Schritt Richtung Neuorganisation von gesellschaftlicher Arbeit ist allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und entsprechend mehr Personal.

Die Antwort auf die ohnehin hohe Belastung von Frauen durch bezahlte und unbezahlte Arbeit kann nicht mehr Lohnarbeit sein.

Ignoriert man diese zwei Aspekte, kann Arbeitszeitverkürzung zu geringem Einkommen und einer Verdichtung von Arbeit führen. Arbeitszeitverkürzung ist jedenfalls ein Ziel, für das es sich aus feministischer Perspektive zu organisieren und um das es sich zu kämpfen lohnt. Sonja L.

Internationale Splitter

Spanien 1: Unter dem Motto Wenn wir streiken, steht die Welt still gingen am 8. März Million Frauen und Männer auf die Straße um gegen Sexismus zu protestieren. Unsere Schwesterorganisation Libres y Combativas, die gemeinsam mit zahlreichen anderen Organisationen den Streik organisiert hatte, verband antikapitalistische mit feministischen Forderungen. An diesem historischen Event waren sehr viele junge Menschen beteiligt, die ihre Unzufriedenheit zeigten.

Moni

USA: 77% aller LehrerInnen an öffentlichen Schulen sind Frauen. Der Job wurde in der Vergangenheit bewusst als „Frauenjob“ abgewertet, was zu katastrophalen Löhnen und Arbeitsbedingungen führte. Nun schlagen die Lehrerinnen zurück: Gerade in Bundesstaaten, die mehrheitlich Trump gewählt haben und wo es besonders frauenfeindliche Gesetze gibt (z.B. Schwangerschaftsabbruch), breiten sich Streikwellen aus, die der herrschenden Politik das Fürchten lehren. Sebastian

Spanien 2: Am 26. April erregte das verharmlosende Urteil über die Vergewaltigung einer jungen Frau großes Aufsehen. Die Vergewaltiger waren fünf Männer, die sich selbst als Manada (spanisch für Rudel) bezeichneten. Zahlreiche Demonstrationen im ganzen Land, unter anderen von Libres y Combativas organisiert, verurteilten die Tradition der spanischen Macho-Justiz, die durch den Schutz von Vergewaltigern sexistische Übergriffe legalisiert.

Moni

Unbezahlte Arbeit

Zur unbezahlten Arbeit gehört „normale“ Hausarbeit, Kinder- und Altenbetreuung sowie Ehrenamtliches wie Rettung oder freiwillige Feuerwehren.

Für die Meisten ist es selbstverständlich, dass diese Arbeit von Frauen erledigt wird. Es wird spätestens dann ein Problem, wenn sie Pension beantragen und feststellen, dass sie kaum oder sehr wenig bekommen werden, weil keine Beiträge eingezahlt wurden.

Damit ist Armut im Alter vorprogrammiert. Und das ist die Normalität! Diese Arbeiten sind gesellschaftlich notwendig und müssten auch gesellschaftlich übernommen werden. Die Regierung geht in die andere Richtung: um die Unternehmen um Milliarden zu „entlasten“ soll noch mehr Arbeit in den Familien geleistet werden. Frauen werden noch mehr belastet und auch gesundheitlich kaputtgespart. Statt Schulterklopfen, Urkunden oder Medaillen wollen wir Kinderbetreuung, Pflege und auch Hausarbeit durch die öffentliche Hand und eine menschenwürdige Absicherung für das Alter! Regina

WISSEN

Fakten zu unbezahlter Arbeit von Frauen

- Insgesamt 9,7 Milliarden Stunden werden jährlich für unbezahlte Tätigkeiten aufgewandt, zwei Drittel davon leisten Frauen.
- Davon sind 14,7 Millionen Arbeitsstunden Freiwilligenarbeit in diversen Vereinen. Das entspricht 230.000 Vollzeitstellen! Würde diese Arbeit ordentlich bezahlt, wäre die Arbeitslosigkeit um die Hälfte reduziert.
- Das heißt der Großteil der unbezahlten Arbeit ist Haus- und Pflegearbeit.
- 64 % der Frauen gaben an, hauptverantwortlich für Reinigung zu sein. Zwei Drittel der Frauen, aber nur ein Fünftel der Männer kochen.
- Insgesamt werden in Österreichs Haushalten 5 Wochen im Jahr mit Hausarbeit ausgefüllt.
- Österreichische Frauen leisten 22 Stunden/ Woche Hausarbeit.
- 69% der Mütter treten beruflich kürzer, während es bei Vätern nur 6% sind.
- Die Pflege von Angehörigen übernehmen zu 70-80% Frauen. Regina

PORTAIT

Kshama Sawant, 44



Bild: Kshama Sawant

Kshama Sawant ist in Pune, Indien geboren und gelernte Softwareingenieurin. Geschockt durch die starke Armut, die sie in Indien erlebte, entschied sie ein Wirtschaftsstudium zu absolvieren, um die „Fragen der Wirtschaftlichen Ungleichheit“ zu beantworten. 2006 zog Sawant nach Seattle und wurde Mitglied der Partei Socialist Alternative. Seit 2013 sitzt sie auch im Stadtrat von Seattle.

Einer der wichtigsten Forderungen in ihrer Wahlkampagne war die Erhöhung des Mindestlohns auf 15\$, die im Mai 2014 auch durchgesetzt wurde. In ihrer Rede im Stadtrat erklärte sie: „Wir haben es geschafft! Der heutige Sieg für 15\$ wird die Menschen der ArbeiterInnenklasse in diesem Land inspirieren!“ So war es auch, durch den Druck der Bewegung die um die Kampagne 15\$-Now entstand, griff auch Bernie Sanders die Forderung in seiner Wahlkampagne zur Präsidentschaftskandidatur auf. 2017 gelang ein weiterer Erfolg, die erstarkende sozialen Bewegung, konnte auch eine Reichensteuer in Seattle durchsetzen.

Nun legt sich Kshama Sawant gemeinsam mit AktivistInnen mit Amazon Chef Jef Bezos an. Mit der Kampagne „Tax Amazon“ – „Besteuert Amazon“ soll leistbarer Wohnraum erreicht werden. Ein Etappensieg ist bereits gelungen, Seattle hat eine Steuer verabschiedet um ein Wohnungslosen-Service zu finanzieren.

Die Erfolge, die in Seattle erreicht worden sind zeigen: Wenn man eine entschlossene Bewegung aufbaut und in Verbindung dazu – wie im Fall von Kshama Sawant von „Socialist Alternative“ – eine Stimme im Stadtrat hat, dann ist das eine machtvoll Kombination.

Martina